

Rede

von

Dr. Peter Gauweiler, MdB  
Staatsminister a.D.

***„Warum und wofür machen wir Politik?“***

Josef-Schutzfest  
Kolpingwerk  
Diözesanverband München und Freising

München, am 26. April 2013

*Es gilt das gesprochene Wort*

## Anreden

- Diözesanpräses Msgr Christoph Huber
- Diözesanvorsitzender Werner Attenberger

## Der Heilige Josef

Beliebter Heiliger

Herzlichen Dank für Ihre Einladung zum Josef-Schutzfest.

Mit dem Heiligen Josef haben Sie sich einen Schutzpatron gewählt, der nicht nur für das Kolping-Werk von besonderer Bedeutung ist.

Er ist gerade in Altbayern und Schwaben so beliebt wie kaum ein anderer.

Berühmte Träger

Es gibt unzählige berühmte Träger seines Namens, von Franz Josef Strauß bis Josef „Joschka“ Fischer, von Sepp Herberger bis Josef Ratzinger.

- Kein Feiertag mehr    Bis heute nehmen es viele dem ansonsten hochverehr-  
ten Ministerpräsidenten Alfons Goppel übel, dass er als  
Chef der „Josef-reichsten“ Partei Deutschlands im Jahre  
1968 den Josefstag als Feiertag abgeschafft hat.
- „Königlich Bayeri-    Dagegen kämpft bis heute die „Königlich Bayerische Jo-  
sche Josefspartei“    sefspartei“, deren oberstes und einziges Ziel es ist, den  
Josefstag wieder als Feiertag einzuführen. Ihr gehören  
heute über 6 000 Mitglieder an, und Papst Benedikt hat  
sie mit Wohlwollen und Spenden bedacht.
- Papst Franziskus    Und auch der neue Papst Franziskus schätzt den Heili-  
gen: In seinen Worten hat er die Nardenblüte des Heili-  
gen Josef aufgenommen.
- G‘standenes    Gerade wir in Bayern achten diesen Heiligen als auf-  
Mannsbild    rechtes, g‘standenes Mannsbild, der sich vor seine Frau  
und seine Familie gestellt hat, und mit seiner Hände Ar-  
beit für seine Familie, Maria und Jesus, gesorgt hat.

Patron der Zimmer- Darum haben auch Sie ihn als Ihren Schutzpatron ge-  
leute wählt, als den Patron der Zimmerleute, Bauleute und  
Handwerker insgesamt.

Patron des Kol- Mit der Wahl dieses ihres Patrons sagt die Kolping- Be-  
pingwerks wegung viel über sich selbst aus, und was sie aussagt  
ist höchst sympathisch und ehrenwert.

### **Alt-68er der anderen Art**

Warum Politik „**Warum und wofür machen wir Politik?**“ fragen wir  
uns heute.

Die eigene Erfah- Wie anfangen? Am besten mit der eigenen Person: Ich  
rung bin ein Alt-68er, allerdings der anderen Art.

Schülerunion Meine politische Sozialisierung begann mit 17 Jahren im  
Jahr 1966 in der Auseinandersetzung mit den „Sozialis-  
tischen Schülern“, der „Zwergerl-Gruppe“ des SDS der  
Universität. Ich habe an meinem Münchner Gymnasium  
damals die „Schülerunion“ der CSU gegründet. Wir ha-  
ben damals riesige Debatten geführt, die allen etwas  
gebracht und vor allem Spaß gemacht haben.

Kleine radikale Minderheit

Nach dem Abitur habe ich dann an der Uni in München studiert und bin 1968 in den RCDS und die CSU eingetreten.

Die Linken zogen damals mit Plakaten durch die Straßen: „Wir sind eine kleine radikale Minderheit“. Die eigentliche kleine radikale Minderheit waren die konservativen Ultras von RCDS und Junger Union. Ein kleines Häuflein schwarzer Widerständler in einem roten Meer – das hat Spaß gemacht.

Sturm- und Drang

Die damalige APO war eine Bewegung, mehr der Romantik verhaftet als der Realität. Eine Sturm- und Dranggeneration, sehr moralisch, sehr deutsch. Ein bisschen wie Franz Moor bei „Den Räubern“ von Schiller.

„Göttliche“ Boshaftigkeit

Die 68er besaßen etwas von jener „göttlichen“ Boshaftigkeit, die auch dem Missratenen Klasse verleiht. Ihre Unverschämtheiten waren immer wieder auch Transportmittel der Wahrheit.

*Muff von tausend*

*„Unter den Talaren*

*Jahren*

*der Muff von tausend Jahren“*

Konnte man die Schattenseiten des ansonsten ja eindrucksvollen universitären Bereichs genauer ausdrücken?

Jugendlichen Aufbruch

Was bleibt, ist die Erinnerung an das befreiende Erlebnis eines jugendlichen Aufbruchs, eine Befreiung, die für viele lebensgeschichtlich prägend war.

### **Beruf zur Politik**

Visionen als Krankheit?

Der alte große Staatsmann Helmut Schmidt hat einmal leicht zynisch festgehalten:

*„Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen“.*

*„...aus Leidenschaft geboren und gespeist...“*

Dennoch dürfte es auch Helmut Schmidt eher mit Max Weber gehalten haben:

*„Politik wird mit dem Kopf gemacht, nicht mit anderen Teilen des Körpers oder der Seele.*

*Und doch kann die Hingabe an sie, wenn sie nicht ein frivoles intellektuelles Spiel, sondern*

*menschlich echtes Handeln sein soll, nur aus Lei-*

*denschaft geboren und gespeist werden.“*

Wer Visionen hat, sollte also nicht zum Arzt, sondern in die Politik gehen.

„Politik als Beruf“

In seiner berühmten Schrift „*Politik als Beruf*“ hat der große Max Weber am Ende nicht nur das Wort von der Politik als *„ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß“* gestellt.

Die letzten Worte dieser Schrift widmen sich dann dem Wort *„dennoch“*.

„Dennoch“.

*„Es ist ja durchaus richtig und alle geschichtliche Erfahrung bestätigt es, dass man das Mögliche erreichte, wenn nicht immer wieder in der Welt nach dem Unmöglichen gegriffen worden wäre... nur wer sicher ist, dass er daran nicht zerbricht, wenn die Welt von seinem Standpunkt aus gesehen, zu dumm oder zu gemein ist für das, was er ihr bieten will, dass er all dem gegenüber: „dennoch!“ zu sagen vermag, nur der hat den „Beruf“ zur Politik.“*

## Ende der Geschichte?

Vergangene Welt	<p>Große Worte und hohes Pathos, die heute kein Politiker sich getrauen würde.</p> <p>Auch von der politischen Bewegtheit und Aufgeregtheit der 68er Jahre sind unsere heutigen Studenten und die Gesellschaft insgesamt viel mehr als nur die Zeitkluft von 45 Jahre getrennt.</p> <p>Was ist geschehen?</p>
Karl Marx und Adolf Kolping	<p>Im Rückblick erweisen sich die 68-Jahre als das letzte große Aufflackern einer tiefgreifenden weltanschaulichen Auseinandersetzung, die die letzten 200 Jahre unserer Geschichte geprägt haben.</p> <p>Im Revolutionsjahr 1848 veröffentlichte Karl Marx sein „Kommunistisches Manifest“.</p> <p>Zugleich erschien auch Adolf Kolpings Programmschrift „Der Gesellenverein“.</p>
„Soziale Frage“	<p>Das waren die beiden großen Antipoden, die um die Lösung der „Sozialen Frage“ des 19. Jahrhunderts gerungen haben:</p>



- Der kapitalismuskritische Marxismus und Sozialismus auf der einen Seite,
- und die christliche Soziallehre und der von ihr inspirierte und in ihr wurzelnde Marktliberalismus, der bei uns in Deutschland im Ordnungsbild der „Sozialen Marktwirtschaft“ gipfelte.

Ende des Sozialismus	Vor gut 20 Jahren schien der große Streit der Weltanschauungen um die bestmögliche Wirtschaftsordnung entschieden. Die säkulare Heilslehre des Sozialismus war widerlegt. Der Kapitalismus hatte „ein für alle Mal“ obsiegt – das „Ende der Geschichte“ sah Francis Fukuyama in seinem berühmten Buch damals gekommen.
Schwächen des Siegers	Mit dem Untergang des Gegners, mit dem „Ende der Utopie“ und dem Erfolg der freiheitlichen Ordnung kamen aber deren innere Schwächen und Gefährdungen zurück. Ihre eigentliche Bewährungsprobe <i>„rückte erst heran, wenn der Gegner überwunden und das Ziel erreicht schien“</i> (Joachim Fest).
11. September	In die Welt der „roaring nineties“ in die Welt eines „any-

2001

thing goes“ (Paul Feyerabend) brachen dann die Attentate vom 11. September 2001 hinein. Die westliche Welt sah sich nach der Überwindung des Totalitarismus mit einer ganz neuen Widerstandsbewegung konfrontiert. Hinter dieser stand ein starkes Gefühl - weit über den militanten Anhang dieser Bewegung hinaus -, dass Religion, Kultur und Tradition in dieser Welt noch ein anderes Gewicht besitzen sollten als westliche Lifestyle-Ästhetik und Selbstverwirklichung.

Weltwirtschaftskrise 2008

Als nächste Erschütterung folgte dann die Weltwirtschaftskrise 2008. Hatte die Linke ihren geistesgeschichtlichen „*Enttäuschungswendepunkt*“ (Peter Sloterdijk) mit dem Zusammenbruch des kommunistischen Weltreichs, so traf es nun die Neoliberalen mit dem Konkurs von Lehman-Brothers.

Der Crash des internationalen Finanzkapitalismus hat nicht nur riesige Werte vernichtet und zahllose Menschen entreichert, sondern auch Integrität und Verantwortbarkeit unserer auf das Eigentum gestützten Grundordnung beschädigt.

Bewältigung der Krise als Krise der Demokratie

Der Sieger von 1989 war sich selbst zum Gegner geworden. Seither sind die Bemühungen um die Bewältigung der europäischen Krise selbst zu einer Krise der Demokratie geworden.

### „Postdemokratie“

Colin Crouch

Der britische Sozialwissenschaftler Colin Crouch vertritt in seinem Buch „Postdemokratie“ die These, dass sich die klassische Demokratie angesichts der neuen Herausforderungen wie der Globalisierung und der Rettungsmaßnahmen in der Europäischen Union inhaltlich entleert und die formalen Institutionen der repräsentativen Demokratie als formale Hülle einer „Scheindemokratie“ fortbestehen.

Demokratisch nicht legitimierte Ent-

Die realen Entscheidungen über die zentralen politischen Fragen würden nicht mehr von diesen Institutio-

scheidungsträger      nen getroffen werden, sondern von privaten Akteuren, die harte wirtschaftliche Interessen verfolgen - wie international agierende Unternehmen, institutionelle Anleger, Agenturen und Banken, aber auch scheinbar unabhängige Institutionen wie EZB oder IWF - die allesamt kaum demokratisch legitimiert sind.

Bedeutungsverlust  
des deutschen Par-  
laments      Diese Entleerung der Demokratie zeigt sich etwa im Bedeutungsverlust des deutschen Parlaments bei den Entscheidungen über die europäischen Rettungsschirme. Ich bin dagegen ja mit Verfassungsbeschwerden vorgegangen, und das Bundesverfassungsgericht hat auch das schlimmste verhütet.

Entmündigung des  
Südens      Am schlimmsten aber ist der Prozess der Entdemokratisierung in Südeuropa. Dort werden die politischen Geschicke weitgehend von der Troika aus EU, EZB und IWF gelenkt, statt von den national gewählten Volksvertretern.

Unter finanziellem Druck werden diesen Ländern einschneidende politische und soziale Veränderungen ab-

verlangt, die sie nicht mehr demokratisch gestalten können.

### Auf dem Weg zur Räuberbande?

Zurück zum Ausgangspunkt

Wenn man sich einmal verrannt hat, hilft es nicht, noch schneller in die falsche Richtung zu laufen.

Man muss zurück an den Ausgangspunkt.

Papst Benedikt im Bundestag

Wo der liegt, hat unser bayerischer Heiliger Vater Benedikt (auch der Lutheraner Gauweiler versteht ihn als „seinen“ Heiligen Vater) uns im Bundestag gewiesen: In seiner Rede am Rednerpult des Bundestages stellte der Papst uns die Frage nach dem Recht und nach der Politik in einer freien Gesellschaft.

Ausgehend von der dramatischen Mahnung des Kirchenvaters Augustinus von vor über 1600 Jahren:

*„Nimm das Recht weg, was ist dann der Staat noch anderes als eine große Räuberbande?“*

Überstaatliches Menschenrecht

Am Ort der Volksvertretung und der Gesetzgebung sprach der Papst über das Recht, über dessen Herkunft

und wie es dauerhaft gewährleistet werden kann.

Er verwies darauf, dass das Recht mehr ist als nur menschliches Vernunftwerk, sondern dass Verfassung und Recht auf Werten ruhen, die der Mehrheitsentscheidung entzogen sind, weil sie jedem Menschen von Geburt an eigen sind.

Euro-Rettung durch Rechtsbruch      Das Recht als Grundlage staatlichen Handelns. Genau dies ist eine der großen Sorgen, die einen bei der ganzen Euro-Rettung umtreibt.

Die ganze Euro-Rettung basiert auf Entrechtlichung.

*„Notverordnungs-Demokratie“*

*„Aus Europa wird so eine Art Notverordnungs-Demokratie: Jede Rettungsaktion schafft sich ihr Recht. Der Euro ist wichtig; aber das wichtigste sind Recht und Demokratie“,*

so Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung vom 18.04.2013.

Bändigung des konkurrenzlosen

Nach dem epochalen Ende des Wettbewerbs der Weltanschauungen haben wir versäumt, den nun konkur-

- Kapitalismus renzlosen Kapitalismus ordnungspolitisch ausreichend zu bändigen.
- Freiheit kraft Ordnung Es war die Erkenntnis der christlichen Sozialreformer von Adolf Kolping bis zu den Schöpfern der sozialen Marktwirtschaft, dass es ohne eine starke, verlässliche, leistungskräftige staatliche Ordnung weder Rechtsstaat noch Marktwirtschaft, Freiheit, Sicherheit und Solidarität gibt.
- Erhard Eppler Die *„Abwesenheit des Staates macht die Menschen nicht frei, sondern zum Freiwild, besonders die Schwachen“*, hat Erhard Eppler einmal geschrieben (*„Kurswechsel für Deutschland – Lehren aus der Krise“*).
- Peter Scholl-Latour. Die Ordnungsfunktion des Staates muss neu definiert, gefestigt und wirksam durchgesetzt werden. *„Der Primat der Politik über die Wirtschaft muss erhalten werden – oder die Politik ist nicht in Ordnung“*, so einmal Peter Scholl-Latour.
- Wir müssen die Soziale Marktwirtschaft in das 21. Jahrhundert fortschreiben. Sie ist mit Sicherheit das Wirt-

schaftsmodell mit dem sich Europa in der Globalisierung am besten behaupten kann.

### **Freiheit und Verantwortung**

Euro-  
Rettungspolitik

Wie weit wir uns von den Prinzipien einer Sozialen Marktwirtschaft entfernt haben, zeigt nicht zuletzt auch die europäische Euro-Rettungspolitik.

Professor Dr. Lüder-Gerken

*„Das grundlegende ordnungspolitische Prinzip lautet, dass Risiko und Haftung zusammengehören. Wer beides voneinander trennt, begünstigt einen Verfall kaufmännischer Sitten, bei dem wie im Fall der Euro-Krise die Gewinne der Banken privatisiert, ihre Verluste aber sozialisiert werden.*

*Tatsächlich ginge es der Euro-Zone heute besser, wenn die vermeintlichen Euro-Retter nicht gegen alle ordnungspolitischen Prinzipien – und nebenbei auch gegen geltendes Recht – verstoßen hätten.*

*Es muss gelten: Nicht nur die Eigentümer, sondern auch die Gläubiger einer Bank haften mit ihrem Kapital im Fal-*



*le von deren Insolvenz. Nur das führt zu der unabdingbaren Disziplinierung der Banken in ihrem Kreditvergebenverhalten.“*

(Professor Dr. Lüder-Gerken, Freiburg „Zurück zur Ordnungspolitik!“ Süddeutsche Zeitung vom 22.04.2013).

### **„Wo ist das Volk?“**

*„Wo ist das Volk? Ich muss ihm nach. Ich bin doch sein Führer“,*

Charles-Maurice de Talleyrand so Charles-Maurice de Talleyrand-Périgord, der ebenso kluge wie sarkastische Staatsmann, der von der Französischen Revolution bis zum Wiener Kongress sechs Regierungen überstanden und beraten hat.

Entfremdung und Wutausbrüche

Wir erleben tagtäglich, dass zwischen Politik und Bürger

- einerseits Entfremdungen wie Wahlmüdigkeit und immer geringere Wahlbeteiligungen zeigen,
- andererseits „Wut-bürgerliche“ Eruptionen wie „Stuttgart 21“ oder die Gründung der „Piraten“ er-

geben.

Beppe Grillo

Eine Anti-Parteien-Partei „Fünf-Sterne-Bewegung“ wie die des Beppe (Josef!) Grillo gibt es in Deutschland (noch) nicht.

In Deutschland wird allerdings meist unterschlagen, dass die wichtigste Forderung der politischen Bewegung Grillos ist, jenen Parlamentariern ihr Mandat zu entziehen, die wegen ihrer Zugehörigkeit zur Mafia sowie wegen der Bildung einer bewaffneten Vereinigung, wegen Betrug und Meineid verurteilt worden sind.

Die Verbindung eines erheblichen Teils des politischen Establishments in Italien mit der Mafia hat Grillo viele Stimmen der Jugend und der Intellektuellen gebracht.

Kluft zwischen Bevölkerung und poli-

In den Krisenstaaten des europäischen Südens wächst eine Kluft zwischen Bevölkerung und der politischen

tischer Klasse Klasse. Sie wurzelt in den Versäumnissen der vergangenen Jahre und Jahrzehnte und den Belastungen, die heute zur Lösung dieser Folgeprobleme den Menschen abverlangt werden.

Wachsende Distanz Derartige Probleme gibt es bei uns Gott sei Dank nicht. Dennoch spüren wir eine Distanz zwischen der Politik und der Gesellschaft, zwischen den Politikern und ihren Wählern.

Die Ursachen davon sind vielfach untersucht und diagnostiziert:

- Die zunehmende Komplexität und Interdependenz der politischen Probleme
- Globalisierung, Europäisierung und Internationalisierung der Verantwortlichkeiten und dadurch eine Entfremdung vom Bürger
- Gesellschaftliche Großtrends wie Säkularisierung und Individualisierung
- Die Auflösung alter sozialer Milieus von den Parteien bis zu den Kirchen.

**„Mehr Demokratie wagen“**

Entfremdung überwinden

Alle diese gängigen Erklärungen gehen aber am Kern vorbei. Der eigentliche Grund der wachsenden Distanz liegt in einer schleichenden Entfremdung. Wie aber ließe sich diese gewisse Entfremdung überwinden?

Wie findet der Politiker wieder sein Volk, und das Volk wieder den Politiker?

*„Mehr Demokratie wagen“*

Der Alt-68er erinnert sich:

Vor Jahrzehnten haben wir uns mit der Forderung von SPD und APO nach einer „Demokratisierung von Staat und Gesellschaft“ herumgeschlagen, mit dem *„Mehr Demokratie wagen“* von Willy Brandts erster Regierungserklärung.

Auf alle Fahnen schreiben

Heute müssen wir uns diese Forderung nach „Mehr Demokratie“ und mehr Bürgerbeteiligung in Deutschland auf alle unsere Fahnen schreiben, gleich ob sie nun rot, blau, grün, weiß-blau, gelb sind.

Mehr Bürgerbeteiligung auf allen

Allen klarsichtigen Parteipolitikern ist bewusst, dass sie große Richtungsentscheide nur gemeinsam mit der Be-

Ebenen	völkerung treffen können, und zwar zum frühest möglichen Zeitpunkt: Wir bräuchten deshalb mehr Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen, die diesen Namen auch verdient.
Direktwahl Bundespräsident	Alle unsere Bundespräsidenten haben bisher daraufhingewiesen, dass es eigentlich nicht richtig ist, dass ihr Amt seine Legitimation letztlich nur durch Parteiabsprachen erhält. Wir sollten langsam die demokratische Reife unseres Nachbarlands Österreich erreicht haben, wo der Bundespräsident vom Volk gewählt wird.
Demokratisierung der Parteien	<p>Auch den Parteien selbst täte mehr Bürgerbeteiligung gut. Nach 50 Jahren muss in der öffentlichen Sache immer etwas neu gemacht werden, sagte Goethe in seinen Gesprächen zu Eckermann. Sonst wird alles unbeweglich und verschildkrötet.</p> <p>Heute sind die politischen Parteien eine geschlossene politische Kaste mit eigener Lebensform und eigener Berufstätigkeit.</p> <p>Die Hälfte der Abgeordneten wird nicht vom Wähler gewählt, sie rücken über Listen ein, welche die Vertreter</p>

der Parteien bestimmen.

Unsere Parteiendemokratie könnte direkt demokratische Formen der Kandidatenaufstellung bis hin zur Wahl von Bundespräsidenten und Bundeskanzler zu ihrer Vitalisierung gut gebrauchen.

Kumulieren und  
Panaschieren

Aus unseren guten bayerischen Erfahrungen bei der Kommunalwahl ergebe sich der Vorschlag, dass auch auf Bundesebene ein Kumulieren und Panaschieren die Verhältnisse ein wenig zum Tanzen gebracht werden könnten.

Volksabstimmun-  
gen zu Europafragen

Der Wind beginnt sich zu drehen:  
Im Bayerischen Landtag wurde jüngst fast fraktionsübergreifend – die Grünen haben nicht mitgespielt – ein Gesetz auf den Weg gebracht, das Volksabstimmungen zu entscheidenden Europafragen möglich macht.

Urteil zum Lissa-  
bon-Vertrag

Das Bundesverfassungsgericht schließlich hat dafür gesorgt, dass es eine Einigung Europas am Volk vorbei

nicht geben wird:

Es hat im Jahre 2009 auf meine Klage hin den Lissabon-Vertrag zwar gebilligt, dabei aber klar gestellt, dass eine Übertragung von Hoheitsrechten an die EU nur erlaubt ist, wenn sichergestellt ist, dass Deutschland ein souveräner Staat bleibt und die EU nicht zu einem Bundesstaat wird.

Eine darüber hinaus gehende „Integration“ müsste „von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen“ werden. In dieser entscheidenden Frage hat allein das deutsche Volk das Wort.

**„Untergehen oder verschweizern“**

Umgang mit Ver-  
schiedenheit

In seinem Roman „Justiz“ bringt Friedrich Dürrenmatt das Schicksal unseres Globus auf eine ebenso gewagte wie verblüffende Formel:

*„Die Welt wird entweder untergehen oder verschweizern.“*

Wie meint Dürrenmatt das?

Was die Schweiz im Vergleich zu anderen Staaten und Völkern heraushebt, ist ihr Umgang mit Problemen der Verschiedenheit, ihre Suche nach Lösungen bei kulturellen, sprachlichen, religiösen oder ethnischen Konflikten, die von allen getragen werden können - kurz: die vorbildliche Bewältigung ihrer Multikulturalität.

Wertegemeinschaft

Die sprachliche, kulturelle, religiöse und ethnische Vielfalt wird nicht (mehr) als Bedrohung der eigenen Besonderheit, sondern als deren Ergänzung und Bereicherung empfunden.

Insofern versteht sich das aus einer Vielfalt „zusammengesetzte“ Schweizer Volk in erster Linie als eine Werte-



gemeinschaft, die sich den politischen Grundprinzipien der Demokratie, des Rechtsstaats, des Föderalismus sowie nicht zuletzt dem Schutz der Menschenwürde und der Menschenrechte verpflichtet weiß.

Demokratie ohne Parteien

Den deutschen Politiker beeindruckt, wie weit entfernt die Schweiz von einer Parteiendemokratie wie der in Deutschland ist, in der die Parteien nicht nur die maßgeblichen Faktoren der politischen Willensbildung sind, sondern auf nahezu alle Bereiche des öffentlichen Lebens einen dominierenden Einfluss ausüben.

Direkter Demokratie als Art Markenzeichen

In der Schweiz hingegen sind die Verfahren direkter Demokratie zu einer Art Markenzeichen dieser Demokratie geworden und haben weitreichende Auswirkungen auf das gesamte Regierungssystem.

Denn allein schon die Möglichkeit, dass Teile des Volkes ihre besonderen Anliegen zum Gegenstand der Beratung machen, oder dass das gesamte Volk ein beschlossenes Gesetz annulliert, zwingt die Politiker und ihre Parteien, bereits im Vorfeld Kompromisse zu suchen und Lösungen zu finden, die nach allen Richtun-

gen hin abgesichert und nur schwer angreifbar sind.

Bund ohne Band

Den Deutschen fasziniert weiter, dass in der Schweiz die Kantone im föderalen Verfassungsgefüge eine weit- aus größere Rolle als die Länder in Deutschland und wohl auch als die Gebietskörperschaften in den meisten anderen Bundesstaaten dieser Welt spielen.

Der Freistaat Bayern mit den Rechten und Freiheiten eines Schweizer Kantons: Das wäre die reine Seligkeit.

Land ohne Herr-  
schaft

Aufgrund historischer Erfahrungen und langer Fremd- herrschaft gehören Freiheitsdrang und Freiheitsliebe zu den hervorstechendsten Eigenschaften der Schweizer.

In der Verfassungswirklichkeit schlägt sich das darin nieder, dass in erster Linie die Gemeinden der Ort bür- gerschaftlichen Engagements und der Ort persönlicher Beziehungen sind.

Die Gemeinden haben die Funktion einer identitätsver- mittelnden Einrichtung. Man ist Baseler, Berner oder Zü-

reicher und steht lebenslang mit seiner Wohnsitzgemeinde in engster Verbindung.

Vielfalt des Schweizerischen Kommunalwesens

Dabei fasziniert den Deutschen wiederum der Variantenreichtum und die außerordentliche Vielfalt des Schweizerischen Kommunalwesens, die jeden biederen, braven deutschen Kommunalrechts- und Gebietsreformer verzweifeln lassen würde.

Allein schon die Frage der Größe (um die bei uns im Rahmen der Gemeindegebietsreform erbittert bis aufs Blut gestritten wurde):

- Die kleinste Gemeinde der Schweiz umfasst 28 Hektar, die größte tausend mal so viel: 28.000 Hektar.
- Die Stadt Zürich hat mehr öffentliche Angestellte als der Kanton Appenzell-Innerrhoden Einwohner.

Gemeindegebietsreform undenkbar

Obwohl diese Disparitäten beträchtliche Kosten verursachen, würde eine Generalbereinigung der kommunalen

Zersplitterung, eine Gemeindegebietsreform à la Deutschland, in der Schweiz auf völliges Unverständnis stoßen und fast schon als revolutionärer Akt für ein Land empfunden werden, in dem niemand gern einen Herrscher über sich duldet.

Europa – Schweiz  
der Welt?

Europa – die Schweiz der Welt?

- Das Megalopolisch-Unsympathische der EU löste ein solcher Vorschlag jedenfalls sofort auf.
- Ebenso positiv wäre die Vorstellung von Europa als Eidgenossenschaft.
- Auch die Pflege von Vielsprachigkeit könnte Brüssel von Bern gut lernen.
- Ebenfalls die Achtung vor kantonaler Selbstbestimmung und staatsbürgerlicher Funktion.
- Vor allem der unbedingte Respekt vor dem Volkswillen und die Balance von globaler Einbindung

und örtlicher Autarkie.

- Und dass es nicht auf die Größe eines Territoriums ankommt, sondern das, was man damit macht.

**„Wir können viel und Großes“**

Adolf Kolping

*„Wir können viel, wenn wir nur nachhaltig wollen,  
wir können Großes, wenn tüchtige Kräfte sich ver-  
einen“*

Diese Worte Adolf Kolphings hat das Kolpingwerk durch sein Wirken überzeugend belegt und bewiesen.

Auch in der Politik

Diese Worte gelten nicht nur für ein Arbeiten an den sozialen Fragen der Zeit in christlicher Verantwortung.

Diese Worte gelten auch für die Politik und für die Bereitschaft, in der Politik Initiative zu ergreifen und Verantwortung zu übernehmen.

Dazu möchte ich Sie herzlich ermuntern.

Rede Dr. Peter Gauweiler, MdB, Staatsminister a.D.  
„Warum und wofür machen wir Politik?“  
Josef-Schutzfest, Kolpingwerk  
München, am 26. April 2013

---

<b>Anreden</b> .....	<b>1</b>
<b>Der Heilige Josef</b> .....	<b>1</b>
Beliebter Heiliger .....	1
Berühmte Träger .....	1
Kein Feiertag mehr .....	2
„Königlich Bayerische Josefspartei“ .....	2
Papst Franziskus .....	2
G'standenes Mannsbild .....	2
Patron der Zimmerleute .....	3
Patron des Kolpingwerks .....	3
<b>Alt-68er der anderen Art</b> .....	<b>3</b>
Warum Politik .....	3
Die eigene Erfahrung .....	3
Schülerunion .....	3
Kleine radikale Minderheit .....	4
Sturm- und Drang .....	4
„Göttliche“ Boshaftigkeit .....	4
<i>Muff von tausend Jahren</i> .....	4
Jugendlichen Aufbruch .....	5
<b>Beruf zur Politik</b> .....	<b>5</b>
Visionen als Krankheit? .....	5
„...aus Leidenschaft geboren und gespeist...“ .....	5
„Politik als Beruf“ .....	6
„Dennoch“ .....	6
<b>Ende der Geschichte?</b> .....	<b>7</b>
Vergangene Welt .....	7
Karl Marx und Adolf Kolping .....	7
„Soziale Frage“ .....	7
Ende des Sozialismus .....	8
Schwächen des Siegers .....	8
11. September 2001 .....	8
Weltwirtschaftskrise 2008 .....	9
<b>„Postdemokratie“</b> .....	<b>10</b>
Colin Crouch .....	10
Demokratisch nicht legitimierte Entscheidungsträger .....	10
Bedeutungsverlust des deutschen Parlaments .....	11
Entmündigung des Südens .....	11
<b>Auf dem Weg zur Räuberbande?</b> .....	<b>12</b>
Zurück zum Ausgangspunkt .....	12
Papst Benedikt im Bundestag .....	12
Überstaatliches Menschenrecht .....	12
Euro-Rettung durch Rechtsbruch .....	13
„Notverordnungs-Demokratie“ .....	13
Bändigung des konkurrenzlosen Kapitalismus .....	13
Freiheit kraft Ordnung .....	14

Erhard Eppler .....	14
<b>Freiheit und Verantwortung</b> .....	<b>15</b>
Euro-Rettungspolitik .....	15
Professor Dr. Lüder-Gerken .....	15
<b>„Wo ist das Volk?“</b> .....	<b>16</b>
Charles-Maurice de Talleyrand .....	16
Entfremdung und Wutausbrüche .....	16
Beppe Grillo .....	17
Kluft zwischen Bevölkerung und politischer Klasse .....	17
Wachsende Distanz .....	18
<b>„Mehr Demokratie wagen“</b> .....	<b>18</b>
Entfremdung überwinden .....	19
„Mehr Demokratie wagen“ .....	19
Auf alle Fahnen schreiben .....	19
Mehr Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen .....	19
Direktwahl Bundespräsident .....	20
Demokratisierung der Parteien .....	20
Kumulieren und Panaschieren .....	21
Volksabstimmungen zu Europafragen .....	21
Urteil zum Lissabon-Vertrag .....	21
<b>„Untergehen oder verschweizen“</b> .....	<b>22</b>
Umgang mit Verschiedenheit .....	23
Wertegemeinschaft .....	23
Demokratie ohne Parteien .....	24
Direkter Demokratie als Art Markenzeichen .....	24
Bund ohne Band .....	25
Land ohne Herrschaft .....	25
Vielfalt des Schweizerischen Kommunalwesens .....	26
Gemeindegebietsreform undenkbar .....	26
Europa – Schweiz der Welt? .....	27
<b>„Wir können viel und Großes“</b> .....	<b>28</b>
Adolf Kolping .....	28
Auch in der Politik .....	28